Niederschrift
zur Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr
der Schloss-Stadt Hückeswagen

Sitzungstermin:	20.02.2024
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:18 Uhr
Ort:	im Multifunktionalen Sitzungsraum (MuFiSiSa), Bahnhofsplatz 8

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender

Winkelmann, Andreas

Mitglieder

Becker, Jürgen
Coenen, Margareta
Endresz, Willi
Geßner, Utz
Hansen, Birgit
Malecha, Friedhelm
Reichwein, Markus für Frau Lechner
Schmeisser, Lars
Schulz, Detlef
Wurth, Andreas

Beratende Mitglieder

Richter, Sebastian

von der Verwaltung

Kissau, Roland
Klewinghaus, Dieter
Kneib, Waldemar
Kölsch, Anja
Larsen, Monika
Lindner, Jessica
Persian, Dietmar, Bürgermeister
Raabe, Marco
Schröder, Andreas

Sachverständige

Römer, Bernhard
Wustmann, Jürgen H.

Es fehlten:
Mitglieder

Lechner, Nelli

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1	Fragestunde für Einwohner	
2	Entwurf der Haushaltssatzung 2024	**FB IV/4897/2024**
3	Bauanträge, Anträge auf Vorbescheid, Genehmigungsfreistellungen	**FB III/4822/2023**
4	Bauwerksprüfungen 2023	**FB III/4906/2024**
5	Sachstand der laufenden Bauvorhaben	**FB IV/4902/2024**
6	Personalsituation im Gebäudemanagement	**FB IV/4903/2024**
7	Bericht der Verwaltung zu dem Antrag der CDU-Fraktion vom 21.05.2023: hier Standortsuche Kunstrasenplatz	**FB IV/4889/2024**
8	Antrag der SPD-Fraktion vom 08.01.24: Planung und Erstellung einer Drei-Fach-Sporthalle im Brunsbachtal	**RB/4883/2024**
9	Mitteilungen und Anfragen	

Nichtöffentliche Sitzung

1	Vergabe Neugestaltung Bahnhofsplatz	**FB III/4907/2024**
2	Vergabe Barrierefreier Ausbau Bushaltestellen	**FB III/4908/2024**
3	Sanierung und Anbau Sportplatzgebäude - Auftragsvergaben	**FB IV/4904/2024**
4	Generalsanierung Sporthalle Montanus-Hauptschule - Auftragsvergaben	**FB IV/4905/2024**
5	Mitteilungen und Anfragen	

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Fragestunde für Einwohner

zu 2 Entwurf der Haushaltssatzung 2024
Vorlage: FB IV/4897/2024

Der Ausschuss fragt an, ob es nicht sinnvoll wäre, mit dem Umbau des Kreisels Goethestraße/ Peterstraße und Bahnhofstraße sowie dem Ausbau des Radwegs Ruhmeshalle auf das im Planungsausschuss beschlossene Mobilitätskonzept zu warten.
Die Verwaltung teilt daraufhin mit, dass der Umbau dieses Kreisels nicht in Verbindung mit dem Mobilitätskonzept steht und dieser Knotenpunkt im Zuge der Änderungen an der Bahnhofstraße umgebaut werden soll. Genauere Informationen hierzu wird es noch im Planungsausschuss geben.
Zudem liegen die Vorplanungen für den Radweg Ruhmeshalle vor, das Projekt wurde aus Kapazitätsgründen zunächst zurückgestellt.

Beschluss:
Der Ausschuss für Bauen und Verkehr nimmt den Entwurf des Haushaltsplanes 2024 zur Kenntnis.

zu 3 Bauanträge, Anträge auf Vorbescheid, Genehmigungsfreistellungen
Vorlage: FB III/4822/2023

Der Ausschuss erkundigt sich, ob es sich bei dem Bauvorhaben 2799 um die Freifläche hinter dem Gebäude August-Lüttgenau-Str. 35 handelt.
Die Verwaltung verneint dies und erwähnt, dass es sich hierbei um das bestehende Gebäude handelt

Der Ausschuss für Bauen und Verkehr nimmt Kenntnis.

zu 4 Bauwerksprüfungen 2023
Vorlage: FB III/4906/2024

Der Ausschuss fragt, inwieweit eine reine Fugensanierung den Zustand des Tunnels verbessern kann.
Die Verwaltung erläutert, dass eine umfangreiche Sanierung in Verbindung mit einer Abdichtung des Bauwerks gegen Feuchtigkeit im Hinblick auf die längere Lebensdauer, die bessere Vorgehensweise sei. Hierzu bedarf es jedoch einer umfangreichen Planung sowie Finanzmittel im unteren siebenstelligen Bereich. Mit der reinen Fugensanierung werden nur die aktuellen Mängel an den Tunnelwänden beseitigt. Die Spritzbetondecke weist schon jetzt die ersten Risse inkl. Aussinterung auf, ist zum aktuellen Zeitpunkt jedoch standsicher. Mit der reinen Fugensanierung könnte die Nutzungsdauer des Tunnels um 10

Jahre verlängert werden.

Der Ausschuss fragt, ob der Oberbergische Kreis sich aufgrund der drüber liegenden Kreisstraße an den Sanierungskosten beteiligen könnte. Dies hält die Verwaltung für unrealistisch, da es sich hierbei um kein klassisches Bauwerk im Sinne der Kreuzungsverordnung handelt.
Herr Persian hält eine umfangreiche Sanierung des Tunnels aus Kostengründen für nicht zu verantworten, so dass bei einer zwingenden Schließung des Tunnels eine Verlegung des Radweges bevorzugt würde.
Die Verwaltung gibt nach Anfrage des Ausschusses an, dass die geplante Fugensanierung vermutlich nach den Sommerferien stattfinden wird und hierfür der Tunnel geschlossen werden muss.

Der Ausschuss erkundigt sich nach der nicht aufgelisteten Brücke Busenberg und was mit diesem Bauwerk geplant sei.
Die Verwaltung antwortet, dass die neue Prüfung dieser Brücke für 2024 vorgesehen und aktuell geplant ist, die Verkehrssicherheit so lange wie möglich zu erhalten und anschließend die Brücke ersatzlos abzureißen.

Beschluss:
Der Ausschuss für Bauen und Verkehr nimmt Kenntnis.

zu 5 Sachstand der laufenden Bauvorhaben
Vorlage: FB IV/4902/2024

Der Ausschuss für Bauen und Verkehr stellt einige Nachfragen im Bezug zu den aktuellen Baumaßnahmen des Gebäudemanagements.
Bezüglich der Montanus Turnhalle wird sich erkundigt, ob das Budget trotz eines zeitlichen und arbeitstechnischen Mehraufwandes noch eingehalten werden kann.
Dies kann die Verwaltung bejahen.
Ebenso wird darauf hingewiesen, dass bei der in Verzug geratenen Feuerwehr andere Bedingungen herrschen als bei der Turnhalle, wo der Zeitdruck größer ist.
Die Verwaltung sieht dies auch und verweist darauf, dass die Sanierung der Turnhalle jedoch andere Bedingungen aufweist als der Feuerwehrneubau.
Dadurch, dass manche Gewerke mehrmals ausgeschrieben werden mussten, kann die gesamte Sanierung schwer mit einem strikten Zeitrahmen geplant werden.
Zurzeit befindet sich die Maßnahme noch im Zeitrahmen, jedoch wurde der Puffer aufgebraucht.
Die aufbauenden Gewerke können nun jedoch starten, eine Fertigstellung bis Ende des Jahres ist weiterhin realistisch.
Da der Neubau der Feuerwehr auf Grund des Wetters und auf Grund eines Cyberangriffes bei der ausführenden Firma Hundhausen eine zeitliche Verzögerung aufweist, gibt der Ausschuss zu bedenken, dass entstehende Mehrkosten bei der Firma geltend gemacht werden sollten. Auch das gebundene städtische Personal muss hier mit einberechnet werden.
Dies sichert die Verwaltung zu. Die Einzelheiten müssen noch geklärt werden, z.B. die Fragestellung ob die Cyberattacke nicht als höhere Gewalt zu werten

ist.
Hundhausen war in der Vergangenheit jedoch eine sehr verlässliche Firma, sodass die Aussichten auf eine möglichst pünktliche Fertigstellung noch gegeben sind.

Der Ausschuss fragt zudem, inwiefern die Alarmierungsanlage und Beschallungsanlage der Mehrzweckhalle im Zusammenhang stehen und ob eine Meldung der Alarmierungsanlage auch extern zum Beispiel direkt an die Feuerwehr geleitet wird, um bei einem Feuer- oder Wasserschaden direkt handeln zu können.
Die Verwaltung klärt auf, dass die Mehrzweckhalle lediglich in dem momentanen Genehmigungszustand gehalten wird.
Hierfür wurde die Alarmierungsanlage insofern instandgesetzt, dass sowohl der interne Hausalarm als auch eine individuelle Nutzung der Beschallungsanlage zeitgleich stattfinden kann.
Durchsagen können so auch während des Alarms getätigt werden.
Eine Aufschaltung an externe Warnsysteme ist nicht erfolgt, weil das in der Baugenehmigung nicht gefordert wurde und der Fokus bei dieser Versammlungsstätte auf dem Personenschutz und nicht auf dem Objektschutz liegt.
Bei einer neu zu errichtenden Versammlungsstätte wäre möglicherweise eine auf die Kreisleitstelle aufgeschaltete Brandmeldeanlage erforderlich.

Beschluss:
Der Ausschuss für Bauen und Verkehr nimmt Kenntnis.

zu 6 Personalsituation im Gebäudemanagement
Vorlage: FB IV/4903/2024

Auf Grund der ausgelasteten Personalsituation im Gebäudemanagement möchte der Ausschuss wissen, ob es eine Art Vertretungsregelung für die Bauprojekte gibt oder was bei einem längeren Ausfall eines Projektleiters geschieht.
Die Verwaltung teilt daraufhin mit, dass immer versucht wird, dass mehrere Projektleiter ein Bauprojekt im Blick haben.
Diese können dann im Notfall den eigentlichen Projektleiter vertreten.
Personalreserven für vollständige Vertretungen über längere Zeit sind jedoch nicht vorhanden.

Der Ausschuss stellt die Überlegung auf, für einen erhöhten kurzfristigen Personalbedarf eine Zeitarbeitsfirma in Anspruch zu nehmen.
Hierauf muss die Verwaltung jedoch mitteilen, dass dies bereits versucht wurde und ohne zufriedenstellendes Ergebnis verlief, da der Bewerbermarkt für solche Arbeitskräfte nicht vorhanden ist.
Ebenso läuft zurzeit auch noch eine Ausschreibung für eine Architektenstelle, nur ist es auch hier schwer, eine geeignete Person zu finden.
Die Verwaltung berichtet, dass viele Bewerbungen auf solche Ausschreibungen auch aus dem Ausland kommen und somit ein sprachliches Problem besteht wie auch fehlende Kenntnisse der deutschen Gesetze.
Es wird berichtet, dass bereits solch eine Einstellung erfolgt ist, jedoch die

notwendige Förderung z.B. im Hinblick auf Sprachkenntnisse schwierig ist und die neu eingestellte Person nach 3 Monaten wieder gekündigt hat.
Der Ausschuss regt an dieser Stelle an, dass die Integration und Förderung von ausländischen Bewerbern in Zukunft vielleicht mehr gefördert werden muss, damit gutes Personal gefunden werden kann. Hierzu bietet sich eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen an.
Der Bürgermeister möchte diesen Gedanken in die nächste Bürgermeisterkonferenz mitnehmen.

Beschluss:
Der Ausschuss für Bauen und Verkehr nimmt die Ausführungen zur Personalsituation im GM zur Kenntnis.

zu 7 Bericht der Verwaltung zu dem Antrag der CDU-Fraktion vom 21.05.2023: hier Standortsuche Kunstrasenplatz
Vorlage: FB IV/4889/2024

Der Ausschuss teilt mit, dass er mit dem Ergebnis der Recherche nicht zufrieden ist.
Ein simples nein ist hier nicht angebracht, es müssen mehrere Standorte betrachtet werden, nicht nur einer. Der Wunsch nach einem Kunstrasenplatz bleibt weiterhin bestehen.
Die Verwaltung gibt an, dass die Planung wieder aufgenommen wird.
Eine geeignete Fläche zu finden, gestalte sich jedoch relativ schwer.

Beschluss:
Der Ausschuss für Bauen und Verkehr nimmt Kenntnis.

zu 8 Antrag der SPD-Fraktion vom 08.01.24: Planung und Erstellung einer Drei-Fach-Sporthalle im Brunsbachtal
Vorlage: RB/4883/2024

Die Meinungen zu dem Bau einer Dreifachhalle in Zusammenhang mit dem Neubau des Schwimmbades sind auch im Ausschuss unterschiedlich.

Vor allem die SPD und die Grünen wünschen sich den Bau einer neuen Dreifachsporthalle zeitgleich mit dem Bau des neuen Hallenbades.
Die SPD spricht hier verstärkt davon, dass die sportlich aktiven Bürger in Hückeswagen sich eine neue Halle wünschen und die Synergieeffekte beim gleichzeitigen Bau genutzt werden müssen.
Auf das Argument hin, dass der Haushalt einen Bau nicht zulässt, wird darauf verwiesen, dass die finanzielle Situation sich auch in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach nicht verbessern wird.
Die SPD verweist darauf das durch den Verkauf des Kanalnetzes an den Wupperverband nun das Geld da sei, in den nächsten Jahren sieht die Haushaltslage vermutlich wieder schlechter aus.
Die noch bleibende Zeit bis zur Ausschreibung des Projektsteuerers des Hallenbades kann zur Bedarfsermittlung für die Sporthalle genutzt werden.

Die CDU bestärkt die Aussage, dass auch sie sich für den Bau einer Dreifachsporthalle ausspricht.
Schon früher wurde ein personeller Engpass im Gebäudemanagement als Hindernis genannt und durch einen Generalunternehmer konnte die Löwengrundschule damals trotzdem errichtet werden.
Die CDU meldet Beratungsbedarf an und verlangt von der Verwaltung, zur nächsten Ratssitzung am 05.03. verschiedene Lösungsmodelle aufzuzeigen, um die Konsequenzen und Möglichkeiten erfassen zu können.
Auch die CDU sieht für die Zukunft keine Besserung der finanziellen Lage der Kommune und ist aus diesem Grund für eine zeitnahe Umsetzung des Neubaus.
Mithilfe von Arbeitskreisen könnte man in relativ kurzer Zeit die Rahmenbedingungen einer neuen Dreifachturnhalle gut ermitteln und festlegen.

Die FDP spricht sich auch für den Bau einer neuen Sporthalle aus, weist jedoch deutlich darauf hin, dass mit dem aktuellen Sachstand keine Entscheidung getroffen werden kann.
Es handelt sich aktuell nur um eine Idee, zu der es weder einen Plan noch eine Übersicht über den Bedarf, die Finanzierung und andere wichtige Aspekte gibt.
Wenn beide Baumaßnahmen, Hallenbad und Sporthalle, zeitgleich zusammengebaut werden müssen, bedeutet dies in den Augen der FDP eine enorme Verzögerung für den Neubau des Schwimmbades. Solch eine Verzögerung kann der Schwimmsport in Hückeswagen aus Sicht der FDP nicht hinnehmen.

Die Verwaltung klärt darüber auf, dass der Bau einer Dreifachturnhalle sowie der Bau des Hallenbads bei einer zeitgleichen Ausführung von einem Projektsteuerer ausgeführt werden muss.
Hierbei müssen die Aufgaben des Projektsteuerers klar definiert werden.
Diese Definition muss für die Sporthalle erst erstellt werden.
Auf Grund des personellen Engpasses soll der Neubau des Schwimmbads von der Betriebsleitung Freizeitbad in Zusammenarbeit mit einem Projektleiter abgewickelt werden.
Sollte die Sporthalle noch hinzukommen, kann hierfür erst Personal nach Fertigstellung der Feuerwehr im Brunsbachtal zur Verfügung gestellt werden.
Auch die Idee, die Aufgaben komplett an einen externen Interimsmanager abzugeben, ist für die Verwaltung nicht machbar. Ca. 30 % der Leistung bleiben stets bei der Verwaltung als Bauherrin, da diese die Verantwortung für die Baumaßnahme trägt.
Auch die Verwaltung bestätigt den Bedarf einer neuen Dreifachsporthalle, rät allerdings auf Grund der genannten Bedingungen von einer zusammengelegten Baumaßnahme ab.
Zu einem späteren Zeitpunkt, eventuell auch in Verbindung mit einigen Förderungen und Zuschüssen, ist der Neubau einer Dreifachsporthalle besser realisierbar als zum jetzigen Zeitpunkt.
Der Ausschuss einigt sich darauf, den Tagesordnungspunkt zur Beschlussfassung in die Ratssitzung am 05.03.2024 zu verschieben und meldet bei der Verwaltung hierzu Beratungsbedarf an, um eine Übersicht über die Möglichkeiten zu erhalten.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt eine Beschlussfassung des Rates und leitet den Tagesordnungspunkt in den Rat weiter.

zu 9 Mitteilungen und Anfragen

Herr Kneib greift den Tagesordnungspunkten N1 sowie N2 vorweg und berichtet, dass nach dem Ausbleiben von Angeboten im letzten Jahr, der Auftrag für die Neugestaltung des Bahnhofsplatzes nun an ein naheliegendes Unternehmen aus Wermelskirchen vergeben werden konnte.
Die Auftragssumme entspricht mehr oder weniger exakt der bisherigen Kostenplanung.
Er erwähnt zudem, dass die Rodungsarbeiten am Bahnhofsplatz am heutigen Tag beendet wurden.
Der eigentliche Baubeginn ist nach Ostern auf den 02.04 terminiert.
Die Arbeiten sollen zunächst an der Tiefgaragenzufahrt und an der Zufahrt zum Bahnhofsplatz beginnen.
Der offizielle Spatenstich findet am 11.04.2024 statt.
Zur Umsetzung des Stückes der Berliner Mauer wird die Bürgermeisterin aus Königs Wusterhausen erwartet.
Der neue Standortvorschlag der Mauer wird im Rat abgestimmt.
Mit dem Ausbau der ersten beiden Haltestellen wurde in der KW 7 begonnen. Mit der Sanierung der angrenzenden Kreisstraße sollte eigentlich nach dem barrierefreien Umbau der Bushaltestellen begonnen werden. Im Zuge der weiteren Planung hat sich herausgestellt, dass in der Straße eine Druckleitung des Wupperverbands existiert und diese vorerst saniert werden muss. Aus diesem Grund hat der Oberbergische Kreis sich dazu entschlossen. die geplante Sanierung der Straße zu verschieben. In diesem Jahr sollen nur die schlimmsten Schlaglöcher provisorisch beseitigt werden.

Es wird die Frage gestellt, ob noch weitere Bushaltestellen barrierefrei ausgebaut werden müssen. Die Verwaltung erläutert, dass die Schloss-Stadt Hückeswagen nur für den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen innerhalb der Ortsdurchfahrt zuständig ist. Im ersten Schritt werden die sechs Bushaltestellen entlang der Wiehagener Straße und anschließend die Bushaltestellen in der Industriestraße umgebaut. Der Umbau der Bushaltestellen in der Bahnhofstraße erfolgt im Rahmen des ISEKs. Alle anderen Bushaltestellen innerhalb der Ortsdurchfahrt weisen bereits Busborde und ausreichend große Warteflächen auf. Der Einbau von taktilen Leitelementen ist gemäß den Anforderungen des Nahverkehrsplans nicht zwingend erforderlich, soll jedoch aus Gründen der Einheitlichkeit in Zukunft erfolgen, sobald die personellen Kapazitäten vorhanden sind.

Der Ausschuss merkt an, dass die durchgeführte Markierung der Stufen zum Multifunktions-sitzungssaal mit dem gewählten Schema nicht gut ist.
Die Verwaltung setzt sich mit dem Hausverwalter in Verbindung, damit jede Stufe markiert wird.

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.03.2024

Winkelmann, Andreas	Jessica Lindner Schriftführerin

Kenntnis genommen:

Bürgermeister o.V.i.A.